



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus neuen Büchern

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Befürchtungen derart ausgesprochen haben, daß sein Personal vielleicht streiken werde, daß man mit einer Nichtabfertigung des betreffenden Zuges rechnen müsse. Da der Herr Reichsverkehrsminister, als er noch Chef des Kriegsamts war, immer sehr gut über die Stimmung in Arbeiterkreisen unterrichtet war, kann man annehmen, daß er auch diesmal über zuverlässige Informationen verfügte.

Als kürzlich in Flensburg ein neues deutsches Frachtschiff vom Stapel laufen sollte, verweigerten die Arbeiter der dortigen Werft den Dienst, weil der Großadmiral von Tirpitz die Taufe vollziehen sollte. Der Abgeordnete Müller-Franken hat im Reichstage bei der Besprechung des Alliertenuitimatums vom 5. März erklärt: „Die Arbeiterkreise in Deutschland empfinden das (nämlich einem deutschen Dampfer den deutschen Namen ‚Tirpitz‘ zu geben) als die frechste Provokation.“

Daß nach Abbruch der Londoner Verhandlungen deutsche Eisenbahnarbeiter sich geweigert haben, Ententemitglieder auf deutschen Eisenbahnen zu befördern, daß deutsche Kellner sich geweigert haben, Ententemitglieder in deutschen Gasthöfen zu bedienen, daß — doch genug, denn von alledem hat man nichts gehört. Wie soll es da möglich sein, eine Einheitsfront herzustellen. O. H.

## Aus neuen Büchern

H. Herrfahrdt, *Das Problem der berufsständischen Vertretung*. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin, 1921.

Eine fühlbare Lücke unserer staatspolitischen Literatur war es bisher, daß eine Schrift fehlte, die alle die Fragen berufsständischer Entwicklung, die uns heute so vielfältig bewegen, geordnet und geprüft hätte. Herrfahrdt hat sich mit seinem Buche: „Das Problem der berufsständischen Vertretung“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin, 1921) dieser Arbeit unterzogen. Wie vornweg bemerkt werden darf: in dankenswert klarer und übersichtlicher Form, so daß sein Werk, wenn es auch rein wissenschaftlich-theoretisch ist, für jeden Politiker einen großen praktischen Wert als Hand- und Nachschlagebuch besitzt. Der Verfasser beschränkt sein Thema auf die Zeit von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Er gibt in dem ersten Teil eine geschichtliche Entwicklung des Problems, die sich durch Kürze und Vollständigkeit auszeichnet. Ganz besonders gelungen erscheint der Abschnitt über Bismarck und seine Stellung zum Problem der berufsständischen Vertretung und ebenso die kritische Schilderung der Entwicklung des berufsständischen Gedankens unter dem Einfluß des Räteystems. Im zweiten Teile gibt der Verfasser einen systematischen Überblick des Problems, in dem die Gründe für und wider berufsständische Vertretungen und die Form derselben an Hand der vorher geschilderten geschichtlichen Entwicklung besprochen werden. Im dritten, ganz kurzen Teil zieht er praktische Folgerungen für die Gegenwart. Hier wird man ihm in allem nicht ohne weiteres folgen können.

Der große Wert des Buches liegt im ersten und zweiten Teil; auf letzteren, den Kernpunkt der ganzen Frage enthaltend, sei hier näher eingegangen:

Herrfahrdt prüft zunächst die Gründe für die Forderung berufsständischer Vertretungen in Schrifttum und Verfassungsgeschichte. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der Hauptpunkt, der für solche Vertretungen geltend gemacht wurde, der Gedanke, „die an Zahl schwachen, führenden Stände (hauptsächlich den Großgrundbesitz und das Besitzende und gebildete Bürgertum) gegenüber den breiten Massen besser zur Geltung zu bringen, als es im allgemeinen gleichen Wahlrecht möglich ist“. „Die freie Parteierwerbung auf der Grundlage allgemeiner politischer Ideen schien später als ein aussichtsvolleres Mittel für die führenden Gesellschaftsschichten, sich im Parlament zur Geltung zu bringen, als die ständische Gliederung, vor allem wohl, weil man sich vor Hervorkehrung der Standesunterschiede zu scheuen angefangen hatte.“ In späterer Zeit ist dann eine Einigung über das Stimmenverhältnis der Stände so gut wie unmöglich

geworden und eine Verwendung der berufsständischen Gliederung zur Abstufung des Wahlrechts kommt, wie Herrfahrdt richtig betont, für Deutschland nicht mehr ernstlich in Frage.

Demgegenüber hat der wichtigste Grund für die Forderung einer berufsständischen Vertretung ständig an Bedeutung zugenommen. Es ist dies die Forderung nach sachlicherer Vertretung der Volksinteressen, als sie im politischen Parlament stattfinden kann und stattgefunden hat. Als Bismarck seinen Volkswirtschaftsrat im Jahre 1881 ins Leben rief, stand im Vordergrund die Sorge, „daß die Parteien die Regierung nicht genügend mit sachlichem Erfahrungs- und Tatsachenmaterial unterstützten und daß sie durch künstliche Verschärfung der Gegensätze den Gang der Staatsmaschine erschwerten“. Auf der anderen Seite hatte Marx gegen den Parlamentarismus den Vorwurf erhoben, „daß die Mandate dem Ehrgeiz der Abgeordneten oder dem selbstüchtigen Interesse kleiner Kapitalistengruppen dienen, der politisch unerfahrene Proletarier aber um sein Wahlrecht betrogen würde“. Sowohl die Bismarcksche Kritik, wie die Kritik von Marx fanden zunächst nur geringes Verständnis, „da der Arbeiterschaft, so lange sie noch gegen die Zurücksetzung vom Wahlrecht zu kämpfen hatte, das Interesse für die grundsätzlichen Fehler des Parlamentarismus fern lag“. Heute sind auch weiteren Kreisen Urteile geläufiger, wie sie Herrfahrdt z. B. in folgenden Sätzen wiedergibt: „In den Mittelpunkt des parteipolitischen Denkens treten diejenigen Gesichtspunkte, die sich für die Werbetätigkeit in der Masse am besten eignen. Der deutsche Volkscharakter hat dabei zwei Mittel ganz besonders hervortreten lassen: Das Ausspielen einer Volksklasse gegen die andere und das Arbeiten mit unkontrollierbaren Zukunftsidealen. Die Parteizersplitterung macht es den Parteien besonders leicht, mit unerfüllbaren Versprechungen zu arbeiten, da niemals eine Partei in die Lage kommt, allein die Politik bestimmen zu können und ihre Versprechungen einlösen zu müssen. Gerade die Fragen, die den Staatsmann am meisten beschäftigen müssen, die Erkenntnis des Erreichbaren, die richtige Begrenzung der Sonderinteressen und die Überbrückung der Gegensätze durch schöpferische Synthesen bleiben im parteipolitischen Denken abseits liegen.“

Dieser Kritik des Parlamentarismus gegenüber prüft nun Herrfahrdt die Frage, inwieweit die berufsständische Vertretung geeignet ist, hier eine Besserung herbeizuführen. „Von den Freunden des berufsständischen Gedankens wird meist mit Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, daß in Berufsverbänden die wirklichen Volksinteressen einen sachlicheren Ausdruck finden als in den politischen Parteien.“ Sie hätten eine stärkere Neigung, die Interessengegensätze auf dem Wege sachlichen Verhandeln als auf dem der Abstimmung zu lösen. „Je offener sich Interessengruppen gegenüberstehen, je konkreter ihre beiderseitigen Forderungen festliegen und je klarer die Machtverhältnisse zu übersehen sind, um so leichter wird der Kampf als überflüssig erkannt und vermieden.“ Zugegeben, daß diese Vorzüge der Berufsverbände für eine berufsständische Vertretung sprechen, so ist es nach Herrfahrdt doch keineswegs sicher, „daß die günstigen Wirkungen, die diese Form der Betätigung auf die Berufsverbände ausgeübt hat, sich auch erhalten würden, wenn man Vertreter der Berufsverbände in einem Parlament durch Abstimmung entscheiden lasse“. Neben diesen Bedenken, die sich insbesondere gegen die parlamentarische Methode in der berufsständischen Vertretung wenden, kommt als zweites Bedenken hinzu, daß berufsständische Vertretungen heute bei der gewaltigen wirtschaftlichen Arbeitsteilung des Volkes außerordentlich umfangreich werden müssen, damit wirklich alle Interessen dort vertreten sind. Das hat sich bereits bei der Bildung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ergeben, der mit 100 Mitgliedern in Aussicht genommen war und schließlich 326 erhielt. „Ferner aber kann der einzelne Sachkundige in der berufsständischen Vertretung nur dann hinreichend zur Geltung kommen, wenn ihm nicht die Masse der im Einzelfalle Unbeteiligten gegenübersteht. Es müßten also, wie es schon Mohl und Planck verlangt haben, für jede einzelne Aufgabe Sondervertretungen aus den unmittelbaren Beteiligten gebildet werden.“

Ein weiterer Grund für berufsständische Vertretungen ist die Notwendigkeit, die Berufs- und Klassenorganisationen, die sich zu Trägern selbständiger Macht entwickelt haben, so in den Staatsbau einzugliedern, daß sie sich in ihrem eigenen Interesse in den Dienst des Staates stellen können und keinen Anlaß mehr haben, ihre Macht gegen den Staat auszuwirken. Insofern findet heutzutage der entgegengesetzte Prozeß statt wie Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals gruppieren sich die Massen unter der Herrschaft großer politischer Ideen, heute gruppieren sie sich beruflich und gewerkschaftlich. Herrfahrdt gibt diesbezüglich eine Schilderung unserer heutigen Lage, aus der folgende Sätze wiedergegeben seien:

„Je mehr die Regierung dem Druck der Arbeiterschaft nachgibt, um so mehr verliert sie auch in den Augen der übrigen Bevölkerung das Ansehen einer verfassungsmäßigen Gewalt. Bei den bürgerlichen Berufsständen wächst die Neigung, ebenso wie die Arbeiterschaft ihre eigene wirtschaftliche Macht politisch zur Geltung zu bringen. Das parlamentarische System wird nur noch als eine äußere Hülle empfunden, hinter der jeder Volksteil unter Entfaltung seiner wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Macht einen möglichst großen Teil der Staatsgewalt unter seinen Einfluß zu bringen versucht. Landwirtschaft, Industriekapital, Beamtentum und Reichswehr stehen nicht mehr mit Selbstverständlichkeit hinter der verfassungsmäßigen Gewalt, sondern stützen sie nur insofern, als sie in ihr das kleinere Übel gegenüber der Diktatur des Proletariats sehen. — In dem bisherigen Fehlen einer Form, in der die wirtschaftlichen Machtgruppen zur Grundlage des Staates werden können, liegt wiederum die einzige wesentliche Stärke der Regierung und des parlamentarischen Systems überhaupt. Nach Zertrümmerung der Monarchie wird die parlamentarische Demokratie vom größten Teil des Volkes wenigstens in der Theorie als einzig mögliche Staatsform empfunden, weil für eine Verfassung, die die modernen Träger wirtschaftlicher Macht in den Staat eingliedert, vorläufig noch jegliches Vorbild fehlt.

Die gegenwärtige Lage können wir hiernach kennzeichnen als ein Mißverhältnis zwischen Staatsform und Bau des Volkskörpers. Um dies zu überwinden, sind zwei Wege denkbar. Der eine, vollkommenere Weg wäre der, daß es wieder gelänge, große politische Ideale lebendig zu machen. Der gegenwärtige seelische Zustand des deutschen Volkes ist jedenfalls in dieser Hinsicht so ungünstig, daß wir nicht ohne weiteres auf ein baldiges Wiedererwachen des Idealismus in den breiten Massen hoffen können, solange die schwerste wirtschaftliche Notlage nicht überwunden ist. — In unserem Zusammenhang handelt es sich um den anderen möglichen Weg, der darin besteht, die wirtschaftlichen Berufs-, Klassen- und Interessenverbände, in denen heute die lebendige Kraft des Volkes zum Ausdruck kommt, durch Eingliederung in die Verfassung zur Mitarbeit am Staatsleben zu veranlassen.“ Herrfahrdt wendet sich dann insbesondere gegen die Anwendung des Mehrheitsprinzips in einer berufsständischen Vertretung.

Herrfahrdt untersucht weiter die Gründe gegen berufsständische Vertretungen. Hier ist in erster Linie der von verschiedenen Seiten erhobene Einwand zu berücksichtigen, daß künstlich geschaffene Berufsvertretungen kein Ausdruck des wirklichen Lebens seien. Dieser Einwand ist aber nicht stichhaltig, wenn einerseits die frei gewachsenen Verbände in der berufsständischen Vertretung in erster Linie berücksichtigt werden, während die staatlich ins Leben gerufenen nur eine Ergänzung für diese bilden und andererseits der berufsständischen Vertretung nur eine beratende Stellung eingeräumt wird. Dasselbe gilt von den Vorwürfen, daß ein Parlament, in dem alle einzelnen Berufe vertreten seien, zu groß werden würde, um arbeitsfähig zu sein (vgl. oben). Erheblicher als diese Vorwürfe sind die grundsätzlichen Erwägungen, ob sich nicht in einer körperschaftlichen Interessenvertretung ein Krieg aller gegen alle abspiele, bei der der Staat unbedingt zu kurz komme. Dies Bedenken ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, wenn es zur Förderung eines alleinigen souveränen Wirtschaftsparlaments führt. Steht aber neben diesem, insbesondere wenn es nur beratende Funktionen ausübt, eine andere Stelle, in der die staatlichen Belange nach allgemeinen politischen

Gesichtspunkten behandelt werden, der schließlich auch die Entscheidung in allen das Staatsganze betreffenden Fragen obliegt, so liegt die Sache wohl anders. Und das tritt ganz besonders zutage, wenn man näher auf den Vorwurf eingeht, der Grundgedanke der berufsständischen Vertretung sei falsch, da es Sache aller Staatsorgane sei, das Interesse des Staates und nicht das der einzelnen wahrzunehmen. Die berufsständische Vertretung sei also nicht imstande, die überindividuellen Elemente des Volkswillens zur Geltung zu bringen. „Praktisch angewendet auf die Probleme der Gegenwart, lautet die Frage vor allem dahin, ob — demgegenüber — die politischen Parteien geeignete Träger der überindividuellen Staatszwecke sind und ob sie in Erfüllung dieser Aufgaben durch die Einrichtung einer berufsständischen Vertretung gehemmt werden würden. Nun hat die Entwicklung des deutschen Parteiwesens seit 1848 gerade gezeigt, daß die am Anfang vorhanden gewesenen höheren politischen Ideale mehr und mehr verblaßt sind, weil die Parteien sich genötigt sahen, dem dringenden Verlangen der einzelnen Volksteile nach Vertretung ihrer Berufsclassen und Standesinteressen entgegen zu kommen.“ Gerade diese Entwicklung spricht also wieder für die Einrichtung berufsständischer Vertretungen. Andererseits läßt sich der Haupteinwand gegen sie nur dadurch berücksichtigen, daß man die verschiedenartigen Aufgaben, die durch die Volksvertretung zu erfüllen sind, trennt, weil ihre gleichzeitige Erfüllung durch ein und dieselbe Stelle so gut wie unmöglich ist. „Wird das Verlangen nach Vertretung der Sonderinteressen durch eine hierfür besonders bestimmte Einrichtung erfüllt und werden die Parteien dieser Aufgabe enthoben, so kann das Parlament um so reiner die überindividuellen Staatsinteressen zum Ausdruck bringen.“

Herrfahrdt erörtert dann weiter die Form der berufsständischen Vertretung. Ob sie allein entscheidend sein soll, ob mitentscheidende berufsständische Kammern zu bilden sind, ob sie mit allgemeiner Vertretung gemischt wird, ob sie nur beratend und begutachtend wirken soll und an welchen Stellen dies zu geschehen hat? Und dann weiter die schwierige Frage nach dem inneren Aufbau der berufsständischen Vertretung: Große Berufsstände oder spezialisierte Berufsgruppen? Sachliche oder bezirkliche Vertretung? Horizontale oder vertikale Gliederung? Vertretung freier Verbände oder gesetzlich angeordneter Körperschaften? Dauernde Abordnung oder jederzeitige Abberufbarkeit der Vertreter? Und schließlich die Frage der Ergänzung der berufsständischen Vertretung durch sonstige wirtschaftliche und ideelle Gruppen. Schon diese Zusammenstellung ergibt, wie außerordentlich verwickelt das Problem wird, wenn man sich an seine praktische Ausgestaltung heranbegibt. Andererseits sind alles dies bereits Fragen, die bei uns in Deutschland infolge der Aufnahme des wirtschaftlichen Räteystems in die Verfassung aktuell geworden sind und an deren Lösung mitzuarbeiten bereits in das Gebiet der praktischen Politik fällt.

R. v. B.

**Deutsche Juden und Ostjuden.** Der unsere Zeit beherrschende Gegensatz zwischen Judentum und Antijemitismus scheint hoffnungslos, solange die große Schicht der zwischen Judentum und Deutschtum unklar schwankenden israelitischen Staatsbürger für das Gesamtbild beherrschend bleibt. Der Schwerpunkt der ganzen Judenfrage und die einzige Möglichkeit ihrer Lösung liegt in der Behandlung des Ostjudentums. Solange in Deutschland die Einwanderung der Ostjuden von jüdischer Seite aus nur begünstigt und niemals ausdrücklich, vom echt deutschen politischen Standpunkt aus, bekämpft wurde, scheint es unvermeidlich, daß die Reibungsflächen dauernd wachsen statt sich zu vermindern.

Jedes Anzeichen, daß diese Verhältnisse sich ändern, ist zu begrüßen. In einer tapferen und beachtenswerten Schrift „Vom nationaldeutschen Juden“, Verlag von Albert Goldschmidt, Berlin W 20, hat ein deutscher Jude, Dr. Max Raumann, das Banner einer Bewegung aufgeworfen, die, vom Zionisten und jüdisch internationalen einerseits, von der lauen „Zwischenschicht“ andererseits getrennt, entschlossen praktisch-politische Wege im Sinne des Deutschtums gehen will. Zum jüdischen Stamm sich bekennend, wie etwa Fontane und die vielen führenden und

dem Deutschtum ergebene Geister aus Refugiéfamilien zu ihrem welschen Urstamm, wollen diese nationaldeutschen Juden, nach Raumanns Programm, eigenen Mut und eigene Handlungsfreiheit gewinnen gegen „die Freunde des Berliner Tageblatts, die sehr beleidigt sind, wenn man ihnen das Deutschtum abstreitet, aber nicht minder beleidigt, wenn man ihnen das Deutschtum, was zwar jüdisch, aber nichts weniger als deutsch ist, wie z. B. die Ostjuden“. Die kleine Schrift ist in jedem Fall sehr lesenswert, klar und entschieden geschrieben. Ob sie eine nennenswerte Bewegung hervorzurufen imstande ist, ob sie die privaten Gefühle in vielen unserer wertvollsten jüdischen Mitbürger zu einer wirklichen politischen Stoßkraft vereinigen kann, oder ob Raumann ein tragischer Prediger in der Wüste bleibt wie mancher vor ihm, muß sich erst zeigen. Der Verband wird jedenfalls ein festumrissenes Programm ausarbeiten müssen. Ein gutes Zeichen für ihn ist, daß bereits die „Weltbühne“ dagegen eifert, weil nach Ansicht der „Weltbühne“ Nationalgefühl bei einem Juden ein Rückschritt und das international empfindende Judentum die geistig höchststehende Schicht sei. Die „Weltbühne“ belächelt Herrn Raumann: wer als Jude rein deutsch empfinden wolle, sei weder Jude noch Deutscher und werde demgemäß von keiner Partei ernst genommen werden. Die „Weltbühne“ rechnet darauf, daß es blinde Antisemiten geben werde, welche diese ehrlich zum Deutschtum Strebenden verlegend abzustößen vermöchten.

Das Schiboleth ist die Stellung zum Ostjudentum. Raumann zeigt die Zivilcourage, in dieser Frage entschlossen den deutschen Standpunkt einzunehmen. Er schreibt:

„Als der unglückliche Ausgang des Krieges Deutschlands Grenzmauern in Trümmer warf, strömten durch die Bresche von Osten her Tausende gescheiterter Existenzen ins Land. Nicht nur Juden. Manche von ihnen brachten wenigstens den Willen zur Arbeit mit, fast alle aber die dem deutschen Geist fremden Moralanschauungen Halbasiens, wie sie besonders unter der Knute des Zaren-tums sich entwickelt hatten. Der alte deutsche Geist ist, wir wissen es alle, aus den Reibungen und Versuchungen der Kriegs- und Revolutionszeit selbst nicht unverletzt hervorgegangen. Manche Begriffe von Geradheit und Rechtlichkeit, auf die wir einst stolz waren, sind ins Wanken gekommen. Wir wünschen und hoffen, daß die Kernhaftigkeit des deutschen Wesens auch diese Krisis überstehen, daß der Volkskörper aus sich selbst heraus gesunden wird. Aber dazu ist nötig, daß dem Leidenden alle schädlichen Einflüsse von außen her ferngehalten werden. Ein gesunder Körper kann manchen Bazillus vertragen und sich angleichen, ein geschwächter geht an ihm zugrunde. Deutschland ist zu krank, um den gefährlichen Gästen aus dem Osten Asylrecht gewähren zu können, mögen sie jüdischen oder slawischen Stammes sein. Und der nationaldeutsche Jude ist zu sehr Deutscher, um zugunsten der Juden, die unter diesen Schädlingen sind, eine Ausnahmebehandlung zu wünschen. Das Ostjudentum ist für uns kein jüdisches, es ist ein deutsches Problem.“

K.

## Notiz

Dem heutigen Hefte liegt ein Prospekt der Firma Abraham Dürninger u. Co., Herrnhut i. Sa., betr. Zigarren-Verband bei.

Verantwortlich: Hans von Sodenstern in Berlin.

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 36 a. Fernruf: 24207 6610.

Verlag: A. F. Koehler, Abteilung Grenzboten, Berlin.

Druck B. Moeser Buchdruckerei, Berlin S 14, Stallschreiberstr. 34/35.

Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur gegen beigefügtes Rückporto.  
Nachdruck sämtlicher Aufsätze ist nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlages gestattet.

Soeben erschien

die erste Literaturgeschichte der Gegenwart:

**Adolf Bartels**  
**Die Jüngsten**

(Dritter Teil der „Deutschen Dichtung der Gegenwart“)

Broschiert M. 18.— In Halbleinenband M. 23.—

Die „Jüngsten“ umfasst in einer Einleitung mit müstergültig knapper Zusammenfassung die wesentlichsten Punkte der früheren Entwicklung der deutschen Literatur (Friedrich Hebel bis Friedrich Nietzsche) und skizziert damit im Großen den Grundriß, auf den sich die jüngste Literatur aufbaut. Diese, vor, während und nach dem Weltkriege, wird in fünf großen Kapiteln, zunächst nach ihren verschiedenen Richtungen, charakterisiert und dann im einzelnen, dem Schaffen zahlreicher Dichter, dargestellt. Auch die Zeit der Revolution findet umfassende Behandlung, so daß die

**Literaturerscheinungen bis zum Ende des Jahres 1920**

hier ihre erste kritische, zusammenfassende Beurteilung finden. Ein zuverlässiges, umfangreiches Register schließt das Werk ab und macht es zu einem unentbehrlichen Handbuch und Nachschlagewerk für jeden literarisch Interessierten und literarisch Arbeitenden.

**H. Haessel / Verlag / Leipzig**

Soeben erscheint

**Die Stellung Hollands im Weltkrieg**  
politisch und wirtschaftlich

Von

**Dr. N. Japikse**

Nach der Handschrift übersetzt von

**Dr. K. Schwendemann**

**Preis vierzig Mark**

Wie haben die Neutralen den Krieg gesehen? Durch welche politischen und militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen gelang es ihnen, dem zeitweise übermächtig auch auf ihnen lastenden Drucke standzuhalten? Was hat sich — namentlich auch auf diplomatischem Gebiet — während all der Zeit hinter den Kulissen abgespielt? Diese Fragen behandelt zunächst für Holland — *ein Parallelwerk für die Schweiz wird folgen* — in diesem Bande auf Grund gewissenhaftester aktenmäßiger Forschung und persönlichen Miterlebens Dr. N. Japikse.

**Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha 1921**

**Die Deutsche Rundschau**  
 HERAUSGEGEBEN VON RUDOLF PEGHEL.  
 IST DIE FÜHRENDE ZEITSCHRIFT  
 DER GEBILDETEN STÄNDE

47. Jahrgang



47. Jahrgang

## Die Deutsche Rundschau

ist das Organ aller ernsten Deutschen, denen die Wiederaufrichtung Deutschlands Herzens-  
 sache ist. Unabhängig über dem Streit der Parteien stehend, nur der Sache dienend, frei von  
 jedem Chauvinismus, aber beseelt von echtem Nationalgefühl, vereinigt sie unter ihren Mit-  
 arbeitern die fähigsten Köpfe der alten und jungen Generation ohne Unterschied der politischen  
 u. religiösen Richtung. Von erzählender Literatur bringt sie nur Arbeiten unserer besten Dichter.

Preis des umfangreichen Heftes M. 6.—. Abonnement vierteljährlich M. 16.—  
 bei direkter Versendung vom Verlag zuzüglich 60 Pf. Porto per Heft. — Zu beziehen durch  
 die Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel), Berlin W 35, Lühowstraße 7

## Europa am Abgrund

Die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in ihren Wirkungen erläutert  
 von Prof. Dr. Paul Rühlmann

Mit einer farbigen Karte: Die Zerstückelung Deutschlands

Preis M. 3,50

## Die Weltkriegsrevolution

Vorträge von Dr. E. Stadler

Preis gebunden M. 18,75

- |   |   |
|---|---|
| 1. Die Ursachen der russischen Märzrevolution 1917                  | 6. Weltkrieg—Welttragödie—Weltbolschewismus                       |
| 2. Der Bolschewismus und seine Überwindung                          | 7. Die Revolution und das alte Parteiwesen                        |
| 3. Bolschewismus und Wirtschaftsleben                               | 8. Der einzige Weg zum Weltfrieden                                |
| 4. Der kommende Krieg — Bolschewistische Welt-<br>revolutionenpläne | 9. Mein Aktionsprogramm   |
| 5. Ist Spartakus besiegt?   | 10. Anarchischer Zusammenbruch oder solidarischer<br>Wiederaufbau |

## Volkswille und Parteiwesen

von Dr. E. Stadler

26. bis 30. Tausend. Preis 50 Pfennig.

K. F. Koehler/Verlag/Leipzig